

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 01/2016

23. Jahrgang

17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar 2016

Antrag der LINKEN beschlossen:

Spendengeld bleibt zwei Jahre für Tierheim reserviert

Seit neun Jahren hat die Landeshauptstadt Potsdam kein Tierheim mehr und die Stadt vergibt ihre Pflichtaufgabe, die artgerechte Versorgung von Fund- und Verwahrtieren aus dem Stadtgebiet, an privatwirtschaftliche Unternehmen – ein relativ ungewöhnlicher Vorgang, denn im „Normalfall“ übernehmen die örtlichen Tierschutzvereine diese Aufgabe gern, um ihre darüber hinaus gehende Tierschutzarbeit finanzieren zu können.

Nicht mehr so in Potsdam. Der Tierschutzverein – bis 2007 noch als Auftragnehmer der Stadt – hatte die Verwaltung wohl zu sehr mit der unnachgiebigen Forderung nach Herstellung artgerechter baulicher Verhältnisse im städtischen Provisorium auf dem Wildparkgelände erzürnt. Nach immer wieder erfolgten Versprechungen, ein Tierheim zu bauen und sogar einer Spendenaktion für einen Neubau, reagierte die Stadt schließlich mit der Schließung des Tierheims und der Kündigung des Vertrages mit dem TSV, der seitdem den Teil einer Etage in einem Bürogebäude in Nuthetal für die provisorische Aufnahme von Katzen und anderen Kleintieren eingerichtet hat und von hier aus die Tierschutzarbeit für die Landeshauptstadt organisiert.

Mehrere Anläufe gab es seitdem, eine Tierheimlösung für die Stadt zu finden, Standorte wurden geprüft, diskutiert, wieder verworfen.

Doch die Fraktion der LINKEN blieb immer dran an dem Thema, fragte die Verwaltung,

brachte Anträge ein, hakte nach und bahnte in tatsächlich zähem Ringen den Weg dazu, dass der Tierschutzverein nach einer öffentlichen Ausschreibung ein Areal auf dem ehemaligen SaGo-Gelände zum Zweck eines Tierheimbaus kaufen konnte. Nun ist die Verwendung des Spendengeldes von damals gefragt, denn der TSV muss nun als gemeinnütziger Verein den Grunderwerb und die Baukosten für das Tierheim stemmen.

Aber, so einfach geht das nicht, so die Verwaltung. Der TSV hatte die Spendengelder brav an die Stadt zurückgegeben, als er den Vertrag verlor. Nach mehrfachen Forderungen, auch öffentlichen (der Tierheimbau ist eine erstplatzierte Forderung aus dem Bürgerhaushalt), sah sich die Ver-

waltung genötigt, eine Vergaberichtlinie zu erarbeiten, die sie nun den Stadtverordneten vorlegte. Eine Prüfung habe ergeben, dass die insgesamt 131.392,75 Euro auf dem Konto für alle erdenklichen Tierschutzzwecke gespendet worden waren, daher müsse die Verwendung auch so umfassend formuliert werden, begründete die einreichende Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger. Der Tierheimbeirat habe sich zu keinem Votum entschließen können.

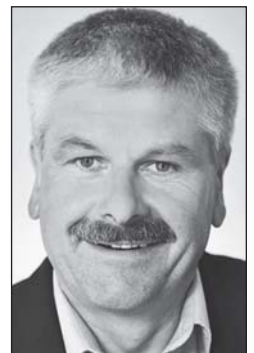
Den Ergänzungsantrag der LINKEN, die Vergaberichtlinie bis zum 31.12.2017 auszusetzen und das Geld primär für den Bau eines Tierheimes zu reservieren, beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit eindeutiger Mehrheit.



Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

die Januarsitzung war eine ganz besondere. In großer Übereinstimmung haben sich die Fraktionen auf einen zügigen Ablauf der Sitzung geeinigt. Eine so lange Konsensliste, also die sofortige Überweisung von



Anträgen in die Ausschüsse, hat es nach meiner Erinnerung bisher noch nicht gegeben. Wir waren uns einig, dass alle Stadtverordneten die Möglichkeit haben sollten, dem Aufruf des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ zu folgen und gegen einen Aufzug von Pegida zu protestieren. So trafen sich nach der schon vor 17.00 Uhr beendeten Plenarsitzung mehr als 700 Potsdamerinnen und Potsdamer am Lustgarten und zeigten in friedlicher Demonstration den etwa 100 Pegida-Anhängern, dass sie mit ihren rechten, fremdenfeindlichen Parolen in Potsdam nicht gewollt sind.

Vorher hatten die Stadtverordneten in einem fraktionsübergreifenden Antrag auf Initiative der SPD einen Ausbau der Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge in Potsdam beschlossen.

Trotz verkürzter Sitzung ist es uns erfreulicherweise gelungen, die von der Stadt verwalteten Spendenmittel in Höhe von 131.742 Euro bis Ende 2017 für den Bau eines Tierheims zu reservieren und nicht über eine Förderrichtlinie für Zwecke des Tierschutzes allgemein auszureichen. Außerdem konnten wir mit einem Änderungsantrag die weitere Diskussion zum Mercure und zum Lustgarten unter das Vorzeichen einer Bürgerbefragung stellen.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Politiker im Plenum und auf der Straße

Nach rund anderthalb Jahren Stadtverordnetenversammlung gab es, insbesondere in den letzten Wochen, einen Ruck, der durch das Stadthaus und die



Fraktionen ging. Im Vergleich zu vorangegangenen Stadtverordnetenversammlungen fiel die letzte Stadtverordnetenversammlung vergleichsweise kurz aus, da ab 18 Uhr das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ zu einer bunten und lauten Veranstaltung unter dem Motto „Refugees Welcome – für Weltoffenheit und Toleranz“ eingeladen hatte.

So machten sich gegen 17.45 fraktionsübergreifend Kommunalpolitiker_Innen auf den Weg zur Veranstaltung in den Lustgarten, um sich gemeinsam gegen Fremdenhass und rechte Hetze zu stellen und einzusetzen; sie setzten ein Zeichen, dass, auch wenn es oft fraktionsübergreifende Konflikte gibt, sich alle in einem grundlegenden Punkt einig sind: Potsdam soll weiterhin bunt sein, für braune Gedanken darf es auch weiterhin keinen Platz in Potsdam geben.

Dieser Geist darf uns nicht wieder verloren gehen. Verstehen Sie mich nicht falsch; es geht nicht darum, die eigenen politischen Interessen zu verraten oder stetig kompromissbereit sein zu müssen, sondern darum, als gewählte Vertreter_Innnen mit den Einwohner_Innen für eine tolerante Stadt zu stehen, denn als Kommunalpolitiker_Innen sollte es unsere Pflicht sein, eine Vorbildfunktion gegenüber den Potsdamer_Innen einzunehmen, sowohl im Plenarsaal als auch auf der Straße.

Kati Biesecke arbeitet für die Fraktion der LINKEN im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion und ist Mitglied des Fraktionsvorstandes

Parkerlaubnis für Aussteller

Im Museums- und Ausstellungsgebäude „Im Guldernen Arm“ gebe es beim Ausstellungsauf- und -abbau das Problem der Haltemöglichkeit, da in der Hermann-Elflein-Straße Parkverbot herrscht. Gibt es eine Möglichkeit, eine begrenzte Parkerlaubnis zu erhalten, fragte Dr. Karin Schröter.

Die Verwaltung antwortete: Der formlose Antrag auf Erteilung einer solchen Ausnahmegenehmigung ist bei der Straßenverkehrsbehörde Potsdam einzureichen. Die Antragsbearbeitung erfolgt sehr kurzfristig.

Erhalt der Biosphäre

Ralf Jäkel nahm die Diskussion um die Schließung der Biosphäre auf und verwies auf positive Erfahrungen durch Verzahnung von Tourismus, Bildung und Wissenschaft im Botanischen Garten Berlin Dahlem. Er fragte nach einem Erfahrungsaustausch, um die Biosphäre möglichst zu erhalten.

Die Antwort der Verwaltung war ermutigend:

Der Hauptausschuss habe am 21.01.2015 einstimmig unter Berücksichtigung der Fördermittelbindung bis Ende 2017 auf der Grundlage einer umfangreichen Variantenuntersuchung die Entscheidung getroffen, dass ausschließlich die Variante Privater Investor und die Variante Haus in Haus (Gesamtschule, Sporthalle, Jugendfreizeiteinrichtung) weiterverfolgt werden sollen.

Demzufolge scheidet auch eine Weiterführung des touristischen Betriebes – einschließlich Bildungsangebote – in der Biosphäre aus und ein Erfahrungsaustausch mit dem Botanischen Garten Berlin ist unter diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zielführend.

Nach derzeitigem Zwischenstand der vertiefenden Untersuchung wird das Gebäude der Biosphäre für den Schulbetrieb als grundsätzlich geeignet angesehen.

Die Stadtverordnetenversammlung werde über die verbliebenen Nutzungsvarianten voraussichtlich im März bzw. April 2016 entscheiden.

Verhalten städtischer Dienstleister

Stefan Wollenberg fragte die Verwaltung, ob sie Verträge mit einem Dienstleister fortsetze, der fremdenfeindliche Parolen unterstütze oder mit ihnen Geld verdiene? Wollenberg hatte auf einem Youtube-Video vom 11. Januar gesehen, dass zwischen den mit zwei Bussen eines Potsdamer Unternehmens angereisten rechtsextre-

men Teilnehmern beim „Abendspaziergang gegen die Islamisierung“ und dem Busfahrer großes Einvernehmen herrschte. Die Verwaltung antwortete, eine Kündigung sei nur möglich, wenn der Vertragspartner rechtskräftig wegen Bildung krimineller Vereinigungen, Bildung terroristischer Vereinigungen, Geldwäsche, Betrug oder Bestechung verurteilt wurde. Das sei in diesem Fall nicht bekannt.

Beauftragte/r für die Ortsteile

Wann wird, wie bereits im Januar von der SVV beschlossen, die Stellenausschreibung für den/die Orteilbeauftragte/erfolgen, fragte Dr. Sigrid Müller.

Die Verwaltung antwortete: Da mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 keine zusätzliche Stelle für diese/n Beauftragte/n zu schaffen war, wurde den Ortsvorstehern bei einer Beratung beim Oberbürgermeister am 16.02.2015 vorgeschlagen, einen Referenten im Büro des Oberbürgermeisters mit dieser Aufgabe zu betrauen. Mit der Besetzung der Stelle ist aus personalorganisatorischen Gründen frühestens im Frühjahr 2016 zu rechnen.

Schließung des i-Cafés

Das Café in der Konrad-Wolf-Allee wurde als Arbeitsprojekt der DRK-Werkstätten für Menschen mit Behinderungen am 26. Juni 2012 eröffnet. Es wird gut angenommen und bietet drei Arbeitsplätze. Der Mietvertrag wurde wegen anstehender Sanierung zum 31.03.2016 durch die Pro Potsdam gekündigt, die weiter mitgeteilt hat, dass das Projekt zukünftig nicht mehr vorgesehen sei.

Dr. Sigrid Müller fragte die Verwaltung, wie das Arbeitsprojekt für Menschen mit Behinderungen künftig gesichert werden soll. Diese antwortete ausweichend:

Im Zusammenhang mit dem Drewitzer Gartenstadtprojekt ist im Zentrumsbereich des neuen Konrad-Wolf-Parks vorgesehen, das sogenannte „Café im Park“ als private Investitionsmaßnahme errichten zu lassen. Der Stadtteilrat Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld wird selbstverständlich auch über die jeweiligen Sach- bzw. Arbeitsstände zum „Café im Park“ informiert.

Bandproberaum

Durch den Umbau des Bürgerhauses Bornim für die teilweise Nutzung einer Grundschule wurde ein Bandproberaum gekündigt, in dem 18 Musiker in verschiedenen Projekten wirkten. Dr. Karin Schröter wollte wissen, welche Alternativen für die Musiker angeboten werden können.

Eine Lösung konnte bisher nicht gefunden

werden, formulierte die Verwaltung in ihrer Antwort.

Gitter im Potsdam Museum

Warum wird entgegen dem SVV-Beschluss das Potsdam Museum für die Kosten der Entfernung und den Einbau eines passenden Treppengeländers über die Miete zur Kasse gebeten, fragte Dr. Karin Schröter. Die Finanzierung des Treppengitters im Potsdam Museum wird Gegenstand der anstehenden Haushaltsverhandlungen sein, so die Verwaltung.

Radweg Stern – Schlaatz

Wann ist der seit 2001 überfällige und mehrfach beschlossene Baubeginn des Radweges zwischen Stern und Schlaatz, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Die Verwaltung teilte mit, dass es das Ziel ist, den besagten Weg 2016 herzustellen. Ein genauer Baubeginn kann derzeit noch nicht definiert werden; die Radverkehrsmaßnahmen des laufenden Jahres werden jedoch vereinbarungsgemäß im Frühjahr, voraussichtlich im April, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorgestellt.

Abholtermine für Abfälle

Zu Beginn dieses Jahres gab es erhebliche Unsicherheiten bei den Abholterminen für den Restabfall und für die Bioabfälle. Bürger haben sich darüber beschwert, dass sie nicht über Veränderungen informiert wurden. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte: Auf welchen Wegen sind die Potsdamer Haushalte rechtzeitig und zuverlässig über die aktuellen Abholtermine für die Biotonne und den Restabfall informiert worden?

Die Antwort: Nach Erhalt der neuen Entsorgungstermine durch die STEP wurden diese sofort am 09.12.2015 im Internet unter www.potsdam.de/abfallentsorgung veröffentlicht.

Auf der Startseite der Landeshauptstadt Potsdam (www.potsdam.de) gab es im Dezember eine Woche lang die Meldung, dass sich die Abfuhrtermine zum neuen Jahr ändern. Die Startseite der Stadtentsorgung Potsdam (www.step-potsdam.de) weist ebenfalls auf die veränderten Abholtermine hin.

Darüber hinaus stehen Hotlines der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger unter den Servicenummern 289 3331 sowie 289 1796 und auch die STEP unter der Telefonnummer 661 71 66 zur Verfügung. Größere Hausverwaltungen wurden per E-Mail über die Neuerungen informiert.

Beschlossen

Erhalt der Stadtteilbibliothek Babelsberg

Der Antrag der LINKEN, die Stadtteilbibliothek in Babelsberg zu erhalten, wurde zusammen mit dem der CDU/ANW über einen Bibliotheksbus in einen Prüfauftrag verwandelt. Die Verwaltung soll im April 2016 berichten.

Sicherheit auf markierten Radwegen

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wird der Antrag der LINKEN behandelt, zu prüfen, wie die Sicherheit auf den auf der Fahrbahn markierten Fahrradspuren gewährleistet ist.

Abfahrt Zentrum Ost

Eine ergebnisoffene Prüfung, bei der die Vor- und Nachteile einer Wiederöffnung der Zufahrt in das Wohngebiet Zentrum Ost von der Nuthestraße in den Humboldttring abgewogen werden und die Einberufung einer Anwohnerversammlung im April 2016 mit dem Ziel, danach ein geeignetes Verkehrskonzept für das Wohngebiet zu entwickeln, beschlossen die Stadtverordneten nach dem Antrag der LINKEN.

Wiederherstellung der „Stammbahn“

Mit dem Beschluss der LINKEN (und einem ähnlichen von B 90/Grüne und CDU/ANW) wird die Verwaltung aufgefordert, die Bemühungen um die Wiederherstellung und Wiederinbetriebnahme der als „Stammbahn“ bekannten Eisenbahnstrecke zwischen Potsdam und Berlin zu unterstützen.

Abgelehnt

Kostenloses Parken mit Ehrenamtskarte

Nachdem der Hauptausschuss vorgeschlagen hatte, das kostenlose Parken mit der Ehrenamtskarte zu prüfen, lehnte die Stadtverordnetenversammlung den Antrag ohne weitere Diskussion ab.

Unzulässig

Anzahl der Mitglieder des Hauptausschusses

Als unzulässig gemäß Kommunalverfassung hatten die Verwaltung und eine Mehrheit im Hauptausschuss den Antrag der LINKEN, die Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses von 17 auf 15 zu senken, bewertet. Die SVV folgte mehrheitlich dieser Ansicht.

Überwiesen in Ausschüsse

Kostenlose Nutzung des ÖPNV mit der Ehrenamtskarte

Erneut in den Finanzausschuss wurde der Antrag, die kostenlose Nutzung des ÖPNV mit der Ehrenamtskarte zu prüfen, überwiesen. Die Deckungsquelle des finanziellen Aufwandes soll verhandelt werden.

Optimierung des Verkehrsknotens am Potsdamer Hauptbahnhof

Der Antrag der LINKEN, den Verkehrsknoten am Hauptbahnhof auf Optimierungsmöglichkeiten zu überprüfen, wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.

Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte

Zum Antrag der Verwaltung, im Bereich Neuer Lustgarten die Sanierungsziele zu konkretisieren, was auch bedeutet, dass aus dem Areal, auf dem heute das Hotel „Mercure“ steht, eine „Wiese des Volkes“ werden soll, brachte die LINKE einen Änderungsantrag ein: 1. Vor weiteren Aktivitäten zur Änderung der Sanierungsziele für den Lustgarten wird eine Bürgerbefragung durchgeführt über einen möglichen Erwerb und Abriss des Hotels „Mercure“ durch die Landeshauptstadt Potsdam. 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Erwerb des Hotels „Mercure“ zu prüfen. Das Ergebnis ist der SVV im April 2016 vorzulegen.



Im Konsens

Über die Konsensliste wurden folgende Anträge der LINKEN in die zuständigen Ausschüsse überwiesen:

- Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West; DS 15/SVV/0891
- Prüfung der Alternativvorschläge des Verkehrstisches Potsdam; DS 15/SVV/0894
- Zusatztafel für das Straßenschild „Damaschkeweg“; DS 15/SVV/0896
- Erweiterte Besetzung der Sekretariate an Schulen mit Flüchtlingskindern; DS 16/SVV/0001
- Freies W-LAN im Rathaus; DS 16/SVV/0002
- Skaterhalle; DS 16/SVV/0049



**Sitzungen der
Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung
Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn
jeweils 18 Uhr:

08., 15., 22. und 29. Februar; 07., 14.
und 21. März 2016

**18. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung**

Stadthaus, Plenarsaal

02. März 2016, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen

„Rathausreport live“

06. März 2015, Beginn 10 Uhr

Bürgerhaus Stern*Zeichen
Galileistraße 37-39/ Stadtteil Am
Stern

**Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 1/2014**

Stadthaus, Raum 3.107

11. bis 16. März 2016 (außer Sa. und
So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

11. und 12. März 2016

Ausgabe des „Rathausreport“ an
den Info- Ständen

**Bürgersprechstunde Dr. Hans-
Jürgen Scharfenberg (Mdl) und
Fraktionsvorsitzender**

Am 17. Februar 2016 ab 17 Uhr

Im Bürgerbüro, Galileistraße
37/39, Bürgerhaus Stern*Zeichen
Vorankmeldungen sind möglich
unter: Telefon: 0331-6005069
oder: Mail:

buerer.scharfenberg@gmx.de



Die Januar-Stadtverordnetenversammlung war ganz anders als sonst, sagte Dr. Karin Schröter zu Beginn des Rathausreport Live im Club 91, und sie erntete Beifall dafür, als sie mitteilte, dass sich die Fraktionen (außer AfD) zusammengetan und einen gemeinsamen Beschluss mit dem Titel „Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen“ erarbeitet hatten und sich verständigten, dass sie die SVV rechtzeitig beenden, um an der Demo des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ teilzunehmen und dem erneuten Versuch, Pegida in Potsdam zu etablieren, entgegenzustellen. Abgeordnetenfragen waren von der Verwaltung schriftlich beantwortet worden (was allerdings keine Nachfragen auf unkonkrete Antworten ermöglichte), und die Fraktionen hatten sich diesmal auf eine umfangreichere Konsensliste geeinigt, die als Liste abgestimmt wurde und mit der Anträge aus der Tagesordnung „im Konsens“ sofort in die entsprechenden Ausschüsse überwiesen wurden. „Es sollte ein einmaliger Vorgang sein, darüber waren wir uns einig“, sagte Ralf Jäkel, „wir werden uns nicht wichtige Entscheidungen für die Stadt blockieren lassen.“

Im Wohngebiet Potsdam West bewegt natürlich alle die drohende versuchsweise Eingengung der Zeppelinstraße, die lt. SVV-Beschluss im Frühjahr passieren soll. „Dass die

SPD nun in der Öffentlichkeit diesen von ihr initiierten Beschluss in Frage stellt und sich als Retter aufspielt, weil die begleitenden Maßnahmen, wie eine separate Busspur, nicht realisiert wurden, ist scheinheilig“, sagte Dr. Schröter. Genau das habe die LINKE schon die ganze Zeit verlangt.

Mit einem Antrag, der im Konsens in den Ausschuss Kultur und Wissenschaft überwiesen worden ist, will die LINKE erreichen, dass die Gaststätte „Charlottenhof“ vor dem weiteren Verfall gerettet und perspektivisch für die öffentliche Nutzung als Nachbarschafts- und Begegnungshaus in Potsdam West verfügbar wird.

Neu in der Fraktion DIE LINKE:

André Noack

Für Barbara Keller, die ihr Mandat niedergelegt hat, ist André Noack seit dem 14. Januar als Stadtverordneter und Mitglied der Fraktion DIE LINKE nachgerückt. André

Noack ist 26 Jahre alt, studiert Sozialarbeit und arbeitet zunächst noch in keinem Ausschuss.



RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam